

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bencha, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfelder, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Befehlsgeboden des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Verfügungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vierzahlung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6spaltige Zeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklametext (3sp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unbedeutend geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Götting & Co., Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 62

Dienstag, den 22. Mai 1928

39. Jahrgang

Der Wahlausfall im Reich

Ergebnisse des Wahlsonntags.

Starke Beteiligung der Wähler.

Der 20. Mai brachte nicht allein für das Reich, sondern auch für die Landesparlamente in Preußen, Bayern, Württemberg, Oldenburg und Anhalt die Neuwahl der Abgeordneten, die in den nächsten Jahren ihres Amtes als Volksbeauftragte und Gesetzgeber walten sollen. Durchgehend war die Wahlaktion nicht von der Kunst des Wettergottes getragen, in vielen Gegenden krönte unaufhörlicher Regen hernieder, dennoch oder vielleicht gerade deshalb wuchs das Interesse und die Anteilnahme der Wähler ansehnlich. Ganz abschließend läßt sich das Endergebnis der Wahlen vor der amtlichen letzten Abrechnung natürlich nicht übersehen, doch ist soviel klar, daß die bisherige rechte Seite des Reichstages zugunsten der Sozialdemokraten und Kommunisten geschwächt worden ist, daß auch die Mittelparteien verloren haben, dagegen die Wirtschaftspartei, die man wohl zur Rechten rechnen darf, erheblich gewonnen hat. Abgesehen von einigen örtlichen mehr oder weniger heftigen Zusammenstößen ist der Wahltag überall ruhig verlaufen, wozu das die Leidenschaften niederdrückende schlechte Wetter beigetragen haben mag.

Vorläufiges Ergebnis im Reich.

Vom Reichswahlleiter wurde nach dem zunächst vorliegenden Endergebnis der Reichstagswahlen die Mandatsverteilung im Reichstag folgendermaßen angegeben:

Partei	Stimmen	Prozent
Sozialdemokraten	152	bisher 131
Deutschnationale	73	111
Zentrum	62	69
Kommunisten	54	45
Deutsche Volkspartei	44	51
Demokraten	25	32
Bayer. Volkspartei	16	19
Wirtschaftspartei	23	21
National-Soz. Partei	12	14
Christl.-Nat. Bauernb.	13	—
Deutsche Bauernpartei	8	—
Landbund	5	—
Volksrechtspartei	2	—
Sächsisches Landvolk	2	—

Vorausichtlich fallen die übrigen Splitterparteien aus, da sie in keinem Wahlkreis die genügende Stimmenanzahl erhielten. Es haben 30 592 442 Wähler abgestimmt und 489 Abgeordnete sind gewählt.

Dem Vernehmen nach wird das endgültige amtliche Ergebnis der Wahlen erst in der ersten Juniwoche festgestellt werden. Kurz nach Pfingsten finden in den meisten Wahlkreisen die Sitzungen der Kreiswahlausschüsse statt, die die Ergebnisse der Kreiswahlen nach Berlin schriftlich melden. Dann tritt der Reichswahlausschuh unter Vorsitz des Professors Wagemann zu einer Sitzung zusammen, in der die letzten Feststellungen getroffen werden.

Die Wahl in Berlin.

Das Straßenbild Berlins am Wahlsonntag war besonders in den Arbeitervierteln belebt durch starke Versammlung. Ein besonderes Merkmal des Wahltages war eine außergewöhnlich starke Beteiligung. In einzelnen Wahlbezirken in allen Gegenden mußten die Wähler sogar Schlangen stehen, um ihre Stimme abgeben zu können. Der gegen 10 Uhr einsetzende Regen, der bis zum Schluß der Wahlzeit ununterbrochen anhielt, war wohl in erster Linie die Veranlassung, daß die Straßenpropaganda der einzelnen Parteien verhältnismäßig wenig hervortrat. Man sah nur vereinzelt Lastkraftwagen und Pferdefuhrwerke mit Fahnen geschmückt durch die Straßen fahren.

Hindenburg wählt.

Im Ministerwahllokal in der Lindenstraße erschien kurz nach Eröffnung des Wahllokals Reichskanzler Marx, begleitet von seiner Gemahlin. Einige Zeit später kam Reichspräsident von Hindenburg im Kraftwagen in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Meißner. Als der Reichspräsident das Wahllokal betrat, das mit Fliedersträucher geschmückt war, erhob sich der Wahlvorstand zu Ehren des Reichspräsidenten von den Plätzen. Im weiteren Verlauf des Vormittags erschienen noch andere Minister, um ihrer Wahlpflicht zu genügen, so die Reichsminister Dr. Herzig und R. Keudell.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

konnte an der Wahlurne nicht erscheinen, da er durch seine Erkrankung noch immer an das Bett gefesselt ist. Er war bekanntlich als Kandidat für die Deutsche Volkspartei in Bayern aufgestellt, konnte aber dort kein Mandat erringen, da die Volkspartei in beiden bayerischen Wahlkreisen (Ober- und Niederbayern) nur 44 000 Stimmen erhielt. Dr. Stresemann wird nunmehr das Mandat auf der Reichswahlliste erhalten.

Regierungswechsel erst später.

Reichstagszusammentritt 10.—14. Juni.

Mehrfach ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß die Reichsregierung vielleicht schon Dienstag zurücktreten könnte. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß zunächst das amtliche Wahlergebnis abgewartet werden muß. Die Regierung wünscht, wie verlautet, auch durch ihren Rücktritt eine Regierungskrise nicht eher herbeizuführen, als bis die Bedingungen für den unmittelbar bevorstehenden Zusammentritt des Reichstages gegeben sind. Der Reichstag dürfte in den Tagen zwischen dem 10. und 14. Juni zusammentreten. Wenn die Reichsregierung lange vorher zurücktreten würde, so würde sie mit der Führung der Geschäfte beauftragt werden müssen, was gewisse Schwierigkeiten mit sich brächte.

Die kommende Regierung.

Das deutsche Volk hat gesprochen und es hat den Anschein, daß dabei die Wahlbeteiligung eine recht große gewesen ist, jedenfalls sehr viel größer, als die Versammlungen aller Parteien darauf schließen ließen. Das Ergebnis ist ein deutlicher Aufschwung nach links; die Sozialdemokratie hat eine ganze Reihe von Mandaten erobert und rückt als weitaus stärkste Partei in den neuen Reichstag ein.

Vorläufig läßt es sich allerdings noch nicht übersehen, welche Parteikombination Träger der künftigen Regierungsmehrheit sein wird, doch erscheint es nicht ausgeschlossen, daß ebenso wie in Preußen die sogenannte „Weimarer Koalition“, also das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten, eine Mehrheit im kommenden Reichstag bilden und damit die Trägerin der Regierung sein wird. Ob auch andere Parteien wie die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei hierfür herangezogen werden, steht vorläufig noch aus, doch ist damit zu rechnen, daß die Partei Stresemanns, der wohl von allen Seiten auch künftig als Außenminister gewünscht wird, der kommenden Koalitionspartei zum mindesten eine wohlwollende Neutralität bewahren wird, wenn nicht die Große Koalition von Volkspartei bis Sozialdemokraten den neuen Reichstag und damit der Regierung ihr Gepräge geben wird. Auf der anderen Seite wird die Opposition der Deutschnationalen und der Volksischen stehen, die auf der Linken noch durch die nicht unbedeutlich angewachsene kommunistische Partei gestärkt sind, aber doch kaum die notwendige Kraft ausbringen wird, der Großen Koalition oder einem Zusammengehen der „Weimarer“ Partei erhebliche Schwierigkeiten zu bereiten.

Das gleiche gilt für Preußen. Durch die dort gleichzeitig mit den Reichstagswahlen erfolgenden Landtagswahlen hat die bisher in Preußen regierende Mehrheit eine Stärkung erfahren, die jetzt jedem Angriff der vereinigten Opposition besser standhalten wird, als das früher geschehen konnte. Natürlich wird dies auch auf das Reich abfärben und dort zu Rückwirkungen führen, die zweifellos zu einer ähnlichen Zusammensetzung der Regierung Veranlassung geben werden. Infolgedessen dürfte die jetzt bestehende Reichsregierung sehr bald ihren Rücktritt erklären, um den Verhandlungen der Parteien freien Raum zu geben. Selbstverständlich spielen bei der Zusammensetzung der künftigen Regierung persönliche Gründe eine große Rolle und es fragt sich infolgedessen, ob der jetzige Reichskanzler Marx, der sich bei der Linken recht unbeliebt gemacht hat, auch künftighin in seinem Amte bleiben wird. Vielleicht muß er infolgedessen den Sessel des Reichskanzlers einer Persönlichkeit räumen, die weiter links eingestellt ist; es gibt dort eine ganze Reihe von Männern, die ihn zu ersetzen, sehr gern bereit wären.

Ingeachtet des Wahlerfolges der Linken dürfte der Reichspräsident nach Rücktritt der bisherigen Regierung an die stärkste Partei des neuen Reichstages, also an die Sozialdemokraten, wegen der Bildung des neuen Kabinetts herantreten. Ihr Fraktionsvorsitzender Hermann Müller (Franken) ist bereits einmal Reichskanzler gewesen und es erscheint durchaus nicht ausgeschlossen, daß er dieses Amt von neuem übernehmen wird. Trotz des Sieges der Sozialdemokratie erscheint es aber ausgeschlossen, daß etwa eine noch weiter nach links orientierte Regierung, also mit den Kommunisten zusammen, gebildet werden dürfte. Eine reine Linksgeneration hat keine Mehrheit im Reichstag und infolgedessen dürften die Führer der Sozialdemokraten ihre Fühler nach rechts hin, also nach der Demokratie und dem Zentrum hin, ausstrecken.

So ist das Resultat des 20. Mai eine deutliche Entwicklung nach links. Die bisherige Opposition hat, wenigstens in ihrer stärksten Partei, der Sozialdemokratie, gestärkt, die Mittelparteien aber haben nicht die Erfolge errungen, die sie gewünscht haben, vielmehr haben sich die schärferen Betonungen der rechten und der linken Richtung überraschend aus gehalten. Den Wahlkampf selbst wird man jetzt zu den Akten legen; das nächste Tageslicht, die nackte Wirklichkeit, wird stärker sprechen als Versammlungsredner und Wahlaussprecher.

Neu- und wiedergewählte Abgeordnete.

Von den Deutschnationalen: D. v. Dryander (Wahlkreis Düsseldorf-West), Dr. Bang (Dresden-Bautzen), Dr. Everling (Mecklenburg), Dr. Oberjohren (Schleswig-Holstein), D. Rumm (Westfalen-Süd), Schlange-Schöningen (Pommern), Reichsminister Herzig (Weimarer), Graf zu Eulenburg, Dr. Preger, Franz Behrens (alle Ostpreußen), Reichsminister Dr. Koch (Düsseldorf-Ost), Lettow-Vorbeck (Oberbayern-Schwaben), Walter Graf (Thüringen), Dr. Hanemann (Baden), Reichsminister Schiele (Magdeburg), Wallraf (Rhein), Reichsminister Keudell (Frankfurt an der Oder), Staatspräsident Dr. Bazille (Württemberg), Graf Westarp (Potsdam), Dr. v. Freytag-Loringhoven (Breslau).

Deutsche Volkspartei: Dr. Kuntze (Schleswig-Holstein), Reg.-Kapitän a. D. Hinzmann (Wefer-Ems), Dr. Scholz, Staatssekretär Karl Schmid, Konteradmiral a. D. Brünninghaus (Chemnitz-Zwickau), Reichsminister a. D. Dr. Weder (Hessen-Darmstadt), Staatsminister Dr. Leuschke (Thüringen), Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius (Baden), v. Kardorff (Potsdam), Graf zu Stolberg-Bernigerode (Magdeburg).

Zentrum: Staatsminister a. D. Bell (Düsseldorf-West), Staatsminister Dr. Holz (Württemberg), Prälat Karl Wlitta (Oppeln), Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, Dr. Drees (Wefer-Ems), Reichskanzler Dr. Marx, Reichsminister a. D. Giesberts (Düsseldorf), Reichsminister Dr. Köhler (Baden), Imbusch (Westfalen-Süd).

Sozialdemokraten: Preussischer Ministerpräsident Otto Braun (Düsseldorf-West), Fleißner und Toni Sanders (Dresden-Bautzen), Wilhelm Reil (Württemberg), Stellung (Oppeln), Limberg (Düsseldorf-Ost), Robert Schmidt (Westfalen-Süd), Staatspräsident D. Ulrich (Hessen-Darmstadt), Wilhelm Hof (Thüringen), Sed und Schöpflin (Baden), Hermann Müller (Franken).

Bayerische Volkspartei: Dr. Pfeleger, Dr. Bayerbörner, Gerauer, Dr. Hortlacher, Herbert Trochmann, Schwarzer, Loibl, Emminger, alle in Bayern.

Nationalsozialisten: General Epp (an Stelle Ludendorffs in Bayern).

Kommunisten: Clara Zetkin, Thälmann, Kimmels, Torgler.

Wirtschaftspartei: Professor Dr. Bredt (Düsseldorf-Ost), Lücke (Chemnitz-Zwickau), Dreiwitz.

Demokraten: Georg Bernhard (Potsdam), Reichsminister a. D. Kütz (Dresden-Bautzen), Dr. Ludwig Haas (Thüringen), Minister a. D. Hermann Dietrich (Baden), Koch-Weiser (Berlin).

Prozentuale Stimmverschiebungen.

Bei der Sonntagswahl für den Reichstag verschob sich die Stimmabgabe für die einzelnen Parteien ungefähr nach folgender Aufstellung: Sozialdemokraten 16 Prozent mehr an Stimmen, Deutschnationale 22 Prozent weniger, Zentrum 10 Prozent weniger, Deutsche Volkspartei 10 Prozent weniger, Kommunisten 20 Prozent mehr, Demokraten 25 Prozent weniger, Bayerische Volkspartei 16 Prozent weniger, Wirtschaftspartei und Deutsche Bauern etwa 100 Prozent mehr, Landbund etwa 60 Prozent weniger, Nationalsozialisten 14 Prozent weniger. Einzelne Splitterparteien traten zum erstenmal auf. In den Mandatsziffern drücken sich die prozentualen Zu- und Abgänge nicht immer oder nicht genau aus, da viele Stimmen, namentlich bei den Splitterparteien, unter den Tisch fielen.

Das Wahlergebnis in Sachsen.

Wahlkreis Leipzig: Nat.-Soz. 14 596, Volk.-nat. 38 228, Deutsch.-Soz. Partei 325, Dnatl. 49 833, Sächs. Landvolk 38 187, D.Vp. 98 113, Wirtschaftsp. 53 090, Deutsche Haus- u. Grundbes. 24 79, Volksrechtsp. 31 234, Demokr. 45 227, Chr.-nat. Bauernp. 1462, Chr.-nat. Mittelstand 1722, Volksbl. d. Inflations-Ges. 810, Jtr. 4409, NSD. 7513, Soz. 27 892, USP. 1712, Komm. 121 390, Poln. Volksp. 169.

Wahlkreis Dresden-Bautzen: Nat.-Soz. 19 274, Volk.-nat. 38 228, 20 555, Deutsch.-Soz. Partei 1556, Dnatl. 117 993, Sächs. Landvolk 61 948, D.Vp. 112 140, Wirtschaftsp. 80 625, Deutsche Haus- u. Grundbes. 25 68, Volksrechtsp. 15 363, Dem. 61 564, Chr.-nat. Bauernp. 1426, Chr.-Soz. Reichspartei 1982, Deutsche Bauernp. 1238, Volksbl. d. Infl.-Ges. 3104, Zentrum 1403, NSD. 17251, Soz. 400 456, USP. 1272, Komm. 105 865, Wendische Volkspartei 2733, Poln. Volksp. 157.

Wahlkreis Chemnitz-Zwickau: Nat.-Soz. 41 575, Volk.-nat. 38 228, 14 81, Deutsch.-Soz. P. 824, Dnatl. 86 639, Sächs. Landvolk 26 498, D.Vp. 105 762, Wirtschaftsp. 98 994, Deutsche Haus- u. Grundbes. 5854, Volksrechtsp. 40 932, Dem. 35 006, Volksrechtsp. (Söhne) 4512, Zentrum 5120, Chr.-nat. Bauernp. 13245, NSD. 10 004, Soz. 31 927, Komm. 154 949, Linkskomm. 3772.

Gelien eine Anfrage zum, die vielleicht eine Antwort auf Ihre Bitte sein könnte. Es handelt sich um die Stelle einer Geschäftsführerin bei einer Fabrik, sehr reichlich, sehr schön und gut, aber — gemüßigt, nicht zu hoch, nicht zu niedrig, — das war die Forderung.

Ihr ganzes Wesen bränkte voll Unglück beim Leben erliegen und ich habe noch jeden Augenblick bereit, sich für andere aufzuopfern. Das mit aber am meisten an der Stelle — aber alle Goethe lächelte ein wenig — das war die Forderung.

auf die erste Stelle des Städtischen fischen nahe bevorstehenden. Da brach der Sturm, gelinde Mann pflichtig in offener Parlamentenführung aufkommen. Überwachen

Der Kabak in Oage und Gefährliche
Wenn mein Spielchen bempft und